Condensirte Milch
Fabrik-Marke Gesetzl. Gesch.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund
DRESDEN, Bautzner-Str.
LONDON, Bury-Street
Z. h. i. all. Apothek., Drogenhdlg. u. Geschäft d. Nahrungsmittelbr.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1891.

Hanns Hanfstaengl (C. A. Teich)
Königl. Sächs. Hofphotograph
30 Pragerstrasse 30.

Bauartikel, Kessel, Pfannen, Decimalwaagen etc. etc. etc. empfiehlt billigst Friedrich Klotz Königsbrückerstrasse 80 und 81. Bautznerstrasse 28.

Haupt-Depot der echten
— Kameelhaar-Decken, —
leichteste, wärmste und praktischste Schlafdecken, empfiehlt in allen Grössen zu 11, 13, 17.50, 20, 21, 24 und 30 Mark
Flanell-Waarenhaus W. Metzler,
9 Altmarkt 9.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Specialfabrik N. Salm Specialfabrik
geprägt. Siegelmarken (Inh. Rich. Wirth) geprägt. Siegelmarken
Plauen b. Dresden, Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel und Gravir-Arbeiten jeder Art.

Smyrna-Knüpfarbeiten.
Die Grösse des Umsatzes in diesen beliebten Handarbeiten ermöglicht mir ganz erhebliche Preisermässigungen, so dass ich in der Lage bin, im Vergleich zu den mit grosser Reclame von auswärts angepriesenen, dazu minderwerthigen Knüpfarbeiten, etwas Billigeres und Besseres zu liefern.

C. Hesse, Königl. Hoflief.,
Altmarkt.

Nr. 346. Spiegel: Berathung der Handelsverträge. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Stadtverordnetensitzung, Gastwirthschaftliche Ausstellung, Gerichtsverhandlungen. „Cosi fan tutte". „Goldfische". | Sonnabend, 12. December.

Politisches.

Man war anfänglich im Seniorenkonvent des Reichstages, also innerhalb der Vertrauensmänner aller Parteien, übereingekommen, am ersten Tage der Berathung über die Handelsverträge nur die Rede des Kanzlers anzuhören und, falls dieselbe sich zu einer großen politischen Leistung auswüchse, die weitere Diskussion zu vertagen. Auch im Publikum, das sich in Schaaren zur Verhandlung drängte, war die Meinung verbreitet, daß eine große Aktion bevorstünde. Die Erwartung der Reichsboten wie der herandrängenden Zuhörer wurde enttäuscht und bei aufmerksamer Lektüre der gehaltenen Reden wird man zugeben müssen, daß sie glücklicherweise enttäuscht wurde. Herr von Caprivi, der ja in erster Linie die Kosten der Diskussion zu tragen hatte, zog es vor, nicht wieder das Gebiet der Polemik zu betreten, das er in seiner jüngsten Rede nicht zum Vortheil seiner Redewirkung aufgesucht hatte; er sprach ruhig, sachlich, geradezu nüchtern und er hat hiermit der von ihm vertheidigten Sache einen guten Dienst erwiesen. Die Beredtsamkeit des gegenwärtigen Reichskanzlers konnte und wollte keinen Triumph erringen, sie wollte ausschließlich dafür sorgen, daß die Schranken für den bevorstehenden Redekampf aufgerichtet würden. Da er persönlich, das müssen wir ihm glauben, zunächst nicht beabsichtigt, die freisinnigen Hoffnungen zu erfüllen und eine Aera des ungehemmten Freihandels zu eröffnen, da er mit den Vorlagen andererseits das System des nationalen Schutzes verläßt, so konnte seine Rede weder den Stempel der Begeisterung tragen, die Andere fortreißt, noch sich in wahrhaft großen Zügen bewegen. Die Politik der halben Maßregeln kann nie hinreißend wirken.

Herr v. Caprivi mußte die landwirthschaftlichen Zölle zunächst angreifen, um ihre Herabsetzung zu motiviren; er mußte sie später vertheidigen, um gegen ihre Aufhebung Stimmung zu machen. Das ist gerade keine glückliche Situation, zumal sie den Stürmern von beiden Seiten das Material zu ihren Pfeilen in die Hand liefert. Es ist vielleicht lehrreich, einige Sätze aus der Rede des Herrn v. Caprivi zu fixiren, an deren Hand man den daraus bei den Verträgen gezogenen Schluß vielleicht nicht ganz versteht. Er sagte u. A.: „Ich verkenne nicht, daß die deutsche Landwirthschaft sich in einer schwierigen Lage befindet. Sie hat mit hohen Produktionskosten zu rechnen, der deutsche hinfällige (?) Boden trägt nichts mehr, ohne gedüngt zu werden, auch die Ausgaben, die an ihr für soziale Fragen gemacht werden, erschweren ihr das Arbeiten. So wurde ihre Lage immer schwieriger, es wird ihr schwer die Produktionskosten zu bestreiten." Die Folgerung des Reichskanzlers lautet: „Also müssen ihr die Existenzmittel genommen werden". Man hätte allerdings einen anderen Schluß erwartet. Weiter sagte Herr v. Caprivi: „Darüber wird wohl Uebereinstimmung herrschen, daß die Schutzzölle im Allgemeinen so für die Landwirthschaft gewirkt haben, wie man vorausgesetzt hat. Wären die Schutzzölle nicht dagewesen, so wären wir voraussichtlich inzwischen zu einer landwirthschaftlichen Krisis übergegangen." Also müssen sie bestehen bleiben — so erwartet man. Und wiederum meinte der Kanzler: „Wir haben keine großen Agnaten, es handelt sich bei uns zum größten Theil um kleine Grundbesitzer, die kümmerlich sich durchschlagen, sich gerade noch aufrecht erhalten und sich mühsam durch's Leben bringen." Hierbei wurde bei den Conservativen „sehr richtig" gerufen. „Ich mache mich keiner Uebertreibung schuldig, wenn ich sage, daß eine landwirthschaftliche Krisis eine Calamität ersten Ranges für das ganze Land sein würde. Ich glaube, kein Staatsmann wird den Werth der Landwirthschaft unterschätzen. Ich habe es schon öfters ausgesprochen, daß es nothwendig ist, die staatserhaltenden Kräfte zu erhalten und zu vermehren und ich bin der Meinung, es liegt in der Bedingung des Daseins der Landwirthschaft ein starkes Moment. Unter allen Umständen wird der Landwirth, er mag einer politischen Partei angehören, welcher er will, zu den staatserhaltenden Menschen zu rechnen sein. Seine Liebe zur Heimath ist die erste und sicherste Quelle des Patriotismus, wie ihn der Staat in ernsten Zeiten braucht." Also! — „Ich bin der Ueberzeugung, daß wir im Kriegsfalle ein staatliches Interesse auf's Spiel setzen, wenn wir nicht im Stande sind, das, was wir brauchen, aus eigenen Hilfsquellen zu beschaffen." Man wird gestehen, daß diese Ausführungen des Herrn Reichskanzlers an sich der überzeugenden Kraft nicht entbehren und man wird doppelt erstaunt sein, wenn aus ihnen nicht die Nothwendigkeit gefolgert wird, das Bestehende zu wahren.

Der erste Vertreter der gegenwärtigen Politik hat auch eine Frage berührt, die uns als eine der wichtigsten erscheint. Er hat sie leider nicht klar und deutlich beantwortet. Man rühmt in den Kreisen, namentlich der Industrie, daß durch die zwölfjährige Vertragsdauer und die Bindung einer großen Zahl von Tarifpositionen für die deutsche Produktion nun doch endlich eine Zeit der Ruhe und Stetigkeit gekommen sei. Das ist in gewissem Sinne ja richtig, doch darf man dabei zweierlei nicht vergessen. Zunächst: Wodurch ist denn die Beunruhigung im Erwerbsleben entstanden? Eben durch den Beginn der Verhandlungen und durch die Verheimlichung ihres Ganges. Vorher, während der Aera der klaren, nationalen Schutzzollpolitik konnten gar keine Bacillen aufkommen; gesunde Lungen geben ihnen keine Brutstätte. Wenn also jetzt die eintretende Beunruhigung gepriesen wird, so gleicht das recht sehr an Werth und Bedeutung der Koch'schen Lymphe; man impft Bacillen, um die vorher erzielte Reinkultur zu zerstören. Bekanntlich taugt das Koch'sche Mittel nichts. Dann aber ist bereits an dieser Stelle gleich in der ersten Besprechung der Vorlage darauf hingewiesen worden, daß die Zölle zwar nach oben gebunden sind, also nicht gesteigert werden können, daß aber die Möglichkeit geboten ist, sie nach unten herabzusetzen. Es wurde bereits gesagt, daß eine bündige und offene Erklärung von autoritativer Seite noth thue, in der die Regierung sich verpflichte, wenigstens die Reste des Zollschutzes festzuhalten. Leider hat Herr v. Caprivi sich nicht klipp und klar ausgesprochen. Er hat im Gegentheil die Möglichkeit weiterer Herabsetzungen, als neuer Bacillen-Culturen, sich ausdrücklich offen gehalten, indem er bemerkte: Keine Regierung ist im Stande, vorauszusagen, was sie in den nächsten zwölf Jahren thut. (Sehr richtig! links) Ich kann das auch nicht." Hier liegt das positiv Bedauerliche der Kanzlerrede und zugleich ein Moment künftiger Gefahr. Ein zweites derartiges Moment liegt in der Unklarheit des wirthschaftlichen Programms, das die Regierung Rußland gegenüber zu befolgen gedenkt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Nachwirkungen der dortigen Hungersnoth sich auf zwölf Jahre erstrecken.

Das Centrum, welches als die einflußreichste und bedeutsamste Partei zuerst zum Worte gelangte, entsandte den alten Reichensperger in den Kampf. Der Grund für diese Wahl ist deutlich: Fast alle irgendwie bedeutenden Mitglieder dieser wetterwendischen Partei haben in vollstem Brustton der Ueberzeugung sich gegen jede Herabsetzung der Zölle erklärt, so daß nur der alte Herr aus den Rheinlanden übrig blieb, überdies einer von den wenigen klerikalen Vertretern aus Industriebezirken. Es wäre doch zu fatal gewesen, wenn Einer von Denen, die ihren Wählern das Blaue vom Himmel herunter versprochen, nun gleich auf dem Plane erschienen wäre, um dem Lande zu bedeuten, daß er nur „so zum Spaß" ein Wenig geflunkert habe. Was Herr Reichensperger sagte, ist daher ohne jeden Belang; ob er mehr oder weniger Oel zum Hinüberrutschen verbrauchte, thut nichts zur Sache. Gerichtet ist und mit ihm das Centrum.

An der Spitze der Vertragsgegner marschirte Graf Kanitz. Er faßte die Sache sofort beim richtigen Zipfel: „Die Regierung verzichtet für eine lange Reihe von Jahren auf das Recht, die Tarifsätze nach dem Bedürfniß der einheimischen Erwerbszweige festzusetzen: sie begiebt sich des Rechtes der freien Hand, sie begiebt sich in ein Abhängigkeitsverhältniß vom Ausland, welches ihr selbst einmal unbequem und dem Lande nachtheilig werden könnte." Der konservative Redner bemerkte weiter: „Die zweite Neuerung, welche uns als Signatur der veränderten Anschauung in Regierungskreisen entgegentritt, ist der Bruch mit dem Prinzip eines wirksamen Schutzes der nationalen Arbeit, ein beginnendes Zurückweichen aus der sicheren Position, welche die deutsche Handelspolitik sich in zwölfjährigem Kampfe mühsam errungen hat." Graf Kanitz kam im Verfolg dieses Gedankens zu einer Bemerkung, die unseren Industriellen sehr laut in die Ohren klingen müßte: „Ich möchte daran erinnern, daß unser Zollsystem, so wie es heute besteht, als etwas Untheilbares, etwas Ganzes und Geschlossenes zu betrachten ist. Landwirthschaft und Industrie haben einst durch einmüthiges Zusammengehen und Zusammenwirken dieses System zu Stande gebracht, und ich glaube nicht, daß die Landwirthschaft geneigt sein wird, wenn jetzt die landwirthschaftlichen Zölle hauptsächlich abgebröckelt werden, die industriellen Schutzzölle noch länger gegen die freihändlerischen Angriffe vertheidigen zu helfen. Jeder Beweggrund hierzu fällt für uns, wir haben genug an den hohen Eisen- und Textilzöllen und anderen industriellen Schutzzöllen zu tragen. Die Kompensation lag eben in den landwirthschaftlichen Schutzzöllen. Nehmen Sie uns das Kompensationsobjekt, dann wird die Situation dadurch eine vollkommen andere." Graf Kanitz bemerkte — spaßhafter Weise mit Worten des alten Windthorst —, daß der landwirthschaftliche Schutzzoll, die Blüthe und das Gedeihen der Landwirthschaft, nothwendig sei zur Erhaltung unserer Industrie, daß sie auch diene zum Wohlstande und zum Schutze des Arbeiters. „Ich kann es nicht begreifen, warum in diesen neuen Handelsverträgen gerade die landwirthschaftlichen Schutzzölle um ein sehr Beträchtliches, um etwa 30 Prozent, herabgesetzt werden, während die Industriezölle eine verhältnißmäßig sehr viel geringere Herabminderung erfahren." Mit bitterster Ironie bemerkte der Vertreter der konservativen Ideen: „Das war die Grundlage dieses ganzen Planes: unser guter Bundesgenosse Oesterreich sollte finanziell gekräftigt werden und seine Freundschaft dadurch für uns einen um so höheren Werth erlangen", und er erklärte ganz offen: Wenn für das Bündniß mit Oesterreich so große Opfer gefordert werden, wie sie jetzt der Landwirthschaft auferlegt werden, dann wird man auch in weiteren Kreisen Betrachtungen darüber anstellen, ob dieses Bündniß nicht vielleicht ein recht theuer erkauftes ist und ich fürchte, daß diese Sympathieen keinen Zuwachs erfahren werden. Die „Concessionen" Oesterreichs hielt der konservative Redner für so geringfügig, daß er ausruft, dieser Vertrag sei selbst für die dortige Industrie ein gutes Geschäft! Er rief dem Reichstage zu: „Lesen Sie die Denkschrift durch, es ist der liberal-freihändlerische Geheimrathsstil, welcher uns da entgegentritt. Die Fetzen des grünen Tuchs, auf welchem diese Denkschrift geschrieben ist, lugen aus jedem Satz hervor."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. December.

Berlin. Reichstag. Die 1. Berathung der Handelsverträge wird fortgesetzt. Staatssekretär Frhr. v. Marschall wendet sich gegen den Vorwurf des Grafen Kanitz, daß die Denkschrift zur Begründung der Verträge einen liberal-freihändlerischen Geheimraths-Stil aufweise. Die Denkschrift stelle sich ausdrücklich auf den Boden des Zolltarifs von 1879. Beginne denn der Schutzzoll erst bei einem Kornzoll von 5 Mark? Der 1879 beschlossene Kornzoll habe 1 Mark betragen, und damals habe Graf Mirbach diesen Satz schon für bedenklich gehalten. Graf Kanitz sollte der Regierung dankbar dafür sein, daß sie den Zoll nicht unter den Satz vor 1886 habe herabdrücken lassen. Der Schutz der nationalen Arbeit könne kein einseitiger sein. Der Schutz der nationalen Arbeit auf dem Eisenmarkt habe auch Anspruch auf Berücksichtigung. In Deutschland werde der Schutzzoll ein gemäßigter sein oder er werde nicht sein. Das bisherige System sei nicht haltbar, wenn der Export aufrecht erhalten werden solle. Es könne sich für uns jetzt nur darum handeln, unsere Zölle als Kompensationsobjekte, wie dies von vornherein vorgesehen, bei Handelsverträgen zu verwenden. Wenn der Kampf Aller gegen Alle beginne, müßten auch wir gerüstet sein. Eine Verwirklichung des Vorschlags des Grafen Kanitz auf Suspension des Getreidezolles würde der Landwirthschaft nur die stabile Grundlage rauben. Ein stabiler Zoll von 3½ Mark sei besser als ein suspendirter Zoll von 5 M. Die verbündeten Regierungen wiesen den Vorwurf, die Landwirthschaft verlassen zu haben, entschieden zurück. Die Aufrechterhaltung eines mäßigen Schutzzolles nütze der Landwirthschaft. Dieselbe werde aber geschädigt durch stetige Beunruhigungen, wie sie durch schwankende Zölle hervorgerufen werden. — Abg. Dr. Brömel (freis.): Mit den Handelsverträgen befinde sich die Regierung auf dem richtigen Wege und werde hoffentlich auf demselben weiter gehen. Es sei ein erhebender Gedanke, daß Deutschland es gewesen, welches den Anfang mit der Vertragspolitik machte und damit eine neue Bahn für die Gestaltung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse nicht blos bei uns, sondern in Europa und in der ganzen Welt schuf. Die Redensart vom Schutze der nationalen Arbeit sei nicht aufrecht zu erhalten. Kollege Fürst Bismarck sei leider nicht auf seinem Platze, um sich zu vertheidigen. Der Reichskanzler habe sich durch die Hinterlassenschaft seines Amtsvorgängers in schwieriger Lage befunden, und es verdiene doppelte Anerkennung, daß er die ihm gestellte Aufgabe so glücklich gelöst habe. Der Getreidezoll habe viel weniger der Arbeit genützt, als die Grundrente erhöht. Wir seien mit diesen Verträgen erst am Anfange der neuen wirthschaftlichen Gestaltung. Die Regierung werde die weitere Ausbildung nicht von der Hand weisen können. Das wirthschaftliche Band, welches um die europäischen Staaten geschlungen werde, werde auch von politischer Bedeutung sein und dem wirthschaftlichen Frieden den politischen Frieden hinzufügen. — Abg. Graf Kanitz (kons.) bittet, ihm zur Entgegnung auf die Rede des Staatssekretärs v. Marschall das Wort zu ertheilen. Der Präsident erklärt, daß dies nicht angängig sei. — Abg. Dr. Böttger (nl.): Die Vortheile der bisherigen Schutzzollpolitik seien nicht zu verkennen, aber die autonome Zollfestsetzung führe zu unhaltbaren Zuständen. Er stimme den Verträgen zu, wünsche aber, daß, wo Interessen geschädigt würden, auf einen Ausgleich Bedacht genommen werde, damit die Einführung der Verträge ohne tiefere Erschütterungen unseres Erwerbs- und Wirthschaftslebens sich vollziehe. Besondere Berücksichtigung verlangte Redner zu Gunsten des deutschen Weinbaues. Der Wein sei wirthschaftlich wie politisch ein wichtiger Faktor. Der Wein mache Kunst, Wissenschaft, Alles. (Heiterkeit.) Die Verträge seien eine Nothwendigkeit, aber man möge sich vor einer Ueberschätzung hüten. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) spricht gegen die Verträge. Der innere wirthschaftliche Verkehr sei tausend Mal wichtiger, als der gesammte Export. Er bestreitet, daß Deutschland bereits Industriestaat geworden sei. Bei uns walte noch immer der Landwirthschaftsbetrieb vor. Die Handelsunterbilanz an sich sei nicht beweiskräftig, sie werde es erst, wenn mit derselben zugleich Nothstände auf verschiedenen Gebieten, Stockungen u. dergl. einträten. Gegen eine Remonetisirung des Silbers würde Redner allerdings zu einer weitgehenden Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle erbötig sein. Dieselbe wäre auch ohne England durchführbar. Die Landwirthschaft konkurrire im Gegensatz zur Industrie mit schlechter Valuta oder mit Silberwährung, bei denen der Währungsunterschied allein den Zoll aufwiege. Auf dem betretenen Wege würden wir allerdings einer Beseitigung der Getreidezölle entgegengehen und damit der Verarmung der Landwirthschaft wie in England. Sobald Rußland eine gute Ernte habe, müsse unser Roggenpreis auf 100 M. zurückgehen. Schon heute würden bei uns große Ackerflächen aufgeforstet, weil sich keine Pächter dazu finden. (Rufe: Wo?) Nun, in Oberschlesien überall, namentlich bei fiskalischen Besitzungen. Das Interesse an dem Zuckerrübenbau sei ja ein großes, aber er verstehe nicht, wie man es so hoch veranschlagen konnte, daß man die Schweine-Einfuhr gestattete und damit die Interessen des kleinen Landmannes schädigte. Dabei sei die gesundheitliche Beschaffenheit des amerikanischen Fleisches keineswegs immer sicher gestellt. Zweifelhaft sei nach dem Vertrage, ob die österreichische Rübenzuckerprämie aufgehoben ist oder bestehen bleibt. Solche dunkle Punkte des Vertrags bedürften der Aufklärung in einer Kommission. Nur der Eisenindustrie biete der Vertrag einen Vortheil, wie ihm Sachverständige aus Oberschlesien versicherten. Deutschland habe gar kein Interesse daran, mit Oesterreich und Italien Verträge abzuschließen. Man hätte dies doch lediglich diesen Staaten, die ihrerseits und allein ein Interesse an dem Vertrage haben, überlassen können. Unklar seien auch die verschiedenen Tarifermäßigungen für Gerste und Hafer. Auf 5 Jahre könnte er die Verträge bewilligen, auf 12 Jahre nicht, weil nach 5 Jahren der Fehler erkannt und beseitigt werden würde. (Beifall rechts.) — Reichskanzler v. Caprivi: Etwas Besseres an Stelle der Verträge sei von den Gegnern derselben nicht vorgebracht. Durch weiteres Warten unsererseits wären große Vortheile nicht zu erreichen. Im Gegentheil, in Oesterreich haben sich noch im Laufe des letzten Jahres verschiedene neue Industrieen entwickelt, wegen deren wir Konzessionen machen mußten, die noch vor einem Jahre nicht nöthig gewesen wären. Die Währungsfrage sei schon seit 20 Jahren im Fluß, aber sie sei noch zu keinem Abschluß gekommen und habe auch für die nächste Zeit keine Aussicht dazu. Sie diene vielfach als ein nicht immer ganz verständliches Spekulationsmittel unter den Landleuten, ohne daß diese von dem Werthe dieses Mittels völlig überzeugt sein dürften. Die Bedeutung der Schweinezucht für den kleinen Mann unterschätze er nicht, aber gegenwärtig werde der kleine Mann infolge anderweiter größerer Verhältnisse kaum im Stande sein, sich mit der Schweinezucht zu befassen. Die Trichinen-Untersuchung sei eine gründliche. Für die Einzelheiten des Vertrags, welche dem Vorredner Anlaß zu Bedenken gaben, werden die Herren Kommissare bei der Spezialberathung weitere Mittheilungen machen. Es wäre nicht richtig gewesen, mit dem Abschluß des Vertrages mit Oesterreich noch länger zu warten, denn unsere Ausfuhr nach Oesterreich nahm von Jahr zu Jahr ab. Bezüglich der Währungsfrage herrsche Einverständniß, daß sie nur mit Genehmigung Englands gelöst werden kann. Eine Genehmigung der Verträge auf 5 Jahre würde die Regierung ablehnen. — Abg. v. Komierowsky (Pole) tritt für, Dr. Kropatschek (kons.) gegen die Verträge ein, welche die Landwirthschaft zu Gunsten der Industrie schädigen werden. Die Gründe der auswärtigen Politik, die der Reichskanzler für die Verträge vorführte, seien nicht stichhaltig. Für so kurzsichtig in der auswärtigen Politik halte er den Mann, der früher am Platz des Herrn v. Caprivi stand, nicht, daß er in der bisherigen Zollpolitik eine etwaige Gefahr für die auswärtige Politik nicht hätte erkennen sollen. — Abg. Dr. Kropatschek vertheidigt schließlich die „Kreuzztg." gegen die gestrigen Angriffe des Reichskanzlers. — Reichskanzler v. Caprivi hält diese Vorwürfe

Pfund's sterilisirte Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41 42.